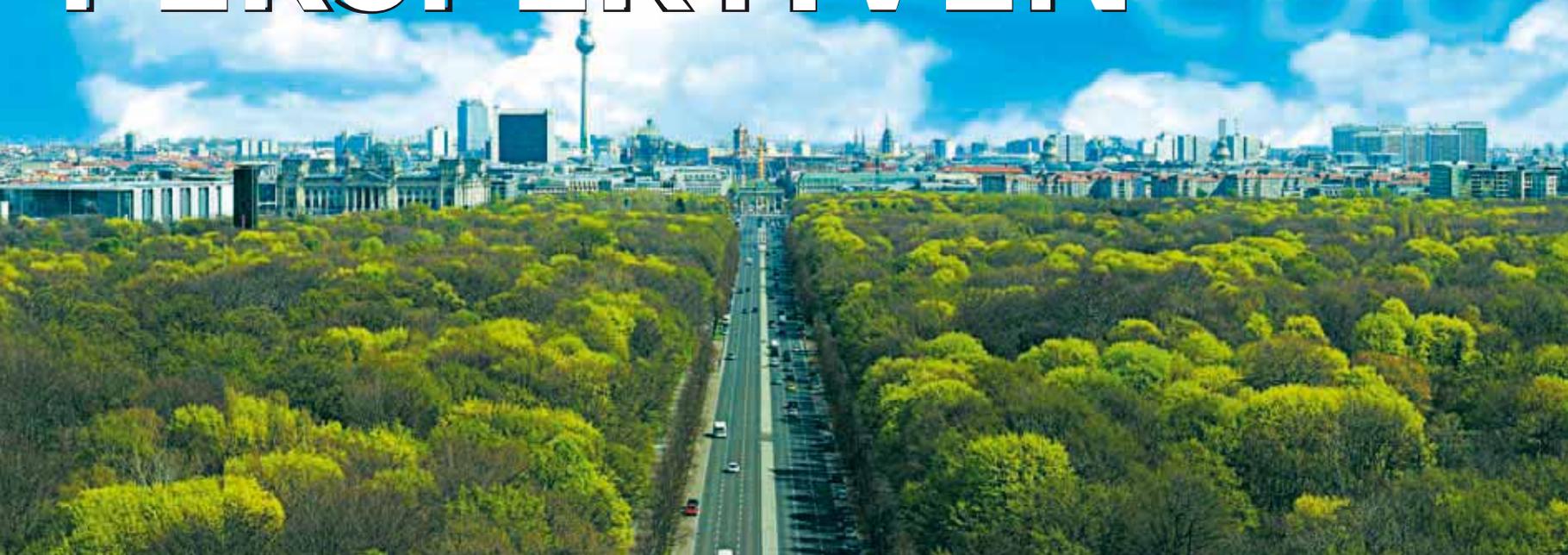


BERLINER RUNDSCHAU

CDU EIN JAHR VOLLER PERSPEKTIVEN



CDU und SPD im Vergleich • Umweltzone in der City • Rundflug gewinnen • Schluss mit Duldungspädagogik • CDU in den Bezirken



KINDERSCHUTZ

SONDERSEITEN ZUM VOLKSBEGEHREN.



BIS ZUM 14. FEBRUAR FÜR TEMPELHOF ABSTIMMEN.



DER UNTERSCHIED IST PROGRAMM

CDU UND SPD IM VERGLEICH

Die beiden großen Volksparteien haben Ende 2007 neue Grundsatzprogramme verabschiedet. Eine Analyse zeigt, dass die Parteien der Großen Koalition, im wahrsten Sinne des Wortes grundsätzliche Unterschiede zeigen:

Unterschied Volkspartei

Die CDU ist die große **Volkspartei der Mitte**, die konservative, liberale und christlichsoziale Strömungen in sich vereint. „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Dabei wissen wir, dass sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt.“ (Z. 1 u. 2)

Die SPD versteht sich auch heute noch als „**linke Volkspartei**“. (Kap. 2)

Unterschied Gesellschaftsbild

Das gesellschaftliche Leitbild der CDU ist die **Chancengesellschaft**, die Freiheit und Sicherheit der Menschen miteinander verwirklicht. (Kap. I, 2 u. II, 2) Politik muss für alle Menschen Chancen offenhalten. Und sie muss Bedingungen schaffen, dass Menschen befähigt werden, diese Chancen zu nutzen. Dabei ist wesentlich, dass die Herkunft nicht über die Zukunft entscheiden darf. (Z. 92) Die CDU will gesellschaftlichen Zusammenhalt – auch und gerade als Nation, durch Patriotismus und die gemeinsame Anerkennung der Leitkultur in Deutschland. (Z. 31-37) „Unsere Politik für Deutschland zielt auf eine Gesellschaft, die jedem Freiheit sichert und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet.“ (Z. 27)

Das Gesellschaftsideal der SPD ist noch immer der längst gescheiterte „demokratische Sozialismus“. Sie beruft sich gar auf die „**marxistische Gesellschaftsanalyse**“. (Kap. 2) Dahinter verbirgt sich ein Weltbild des Klassenkampfes und ein Denken vom Kollektiv und vom Staat her. Der Staat erscheint als mächtige Regulierungsmaschinerie, die überall eingreifen soll. Das „neue Leitbild“ der SPD ist das alte: der Staat. (Kap. 3.7)

Unterschied Familienbild

Die CDU bekennt sich klar zu **Ehe und Familie als Fundament unserer Gesellschaft**. „Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen.“ (Z. 68) Zur Familie gehört Elternschaft. Und wir sagen deutlich: „Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Sie ist die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie.“ (Z. 70)

Für die SPD ist Familie überall dort, „wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander einsteht.“ Von Elternschaft ist hier nicht die Rede. Aber wenn Familie nichts mehr mit Elternschaft zu tun hat, wird sie letztlich zu einer beliebigen Form der Wohngemeinschaft und der **Kühlschrank wird zum verbindenden Element**. Die SPD kennt die Ehe nur als „gesellschaftliche Wirklichkeit“. Von ihrem besonderen Schutz ist nicht die Rede. (Kap. 3.8)

Unterschied Erziehung

Für die CDU geht es darum, „**echte Wahlfreiheit zu schaffen**, damit Eltern entscheiden können, ob und wie sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren“. (Z. 78) Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleiben Angebote.



Die SPD verharrt in der alten Denke – im Grundsatzprogramm wie im Regierungsalltag: **Erziehung** in der Familie wird **nicht gewürdigt** und schon gar nicht gefördert.

Unterschied Bildung

Die CDU hält am erfolgreichen **gegliederten Schulsystem** grundsätzlich fest. „Jeder Schüler kann etwas und hat eine Schule verdient, die es schafft, seine Stärken zu stärken.“ (Z. 98)

Leitbild der SPD-Schulpolitik bleibt die **Einheitsschule**, das „gemeinsame Lernen“ aller Schüler in der „Ganztagsschule“. (Kap. 3.8)

Unterschied Wirtschaft

Für die CDU hat der Staat im Blick auf die Wirtschaft die Aufgabe, die „Unternehmen durch **optimale Rahmenbedingungen** zu fördern“. (Z. 163) Der Ordnungsrahmen der Wirtschaft muss dem Leistungsprinzip und dem Grundsatz der Subsidiarität entsprechen. Da wir „auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger vertrauen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen“ (Z. 29), wollen wir Tarifpartnern und Betrieben Freiräume für mehr eigenverantwortliche Entscheidungen eröffnen. Wir sind gegen staatlich vorgegebene Einheitslösungen, wo der Staat nichts zu suchen hat. (Kap. V, 3)

Für die SPD ist es eine der Kernbotschaften, dass der **Staat in die Wirtschaft eingreifen** muss. So muss er in der Wirtschaft die Gleich-

berechtigung von Mann und Frau „gesetzlich“ (Kap. 3.4) durchsetzen. Der Staat soll regulierend in die Gehaltsfindung und Einkommensverteilung eingreifen (Kap. 2).

Unterschied Steuerpolitik

Die CDU will ein Steuersystem nach den Prinzipien: „**einfach, niedrig, gerecht**“ (Z. 217), und tritt dafür ein, das „Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting zu erweitern“: „Familien mit Kindern müssen steuerlich besser gestellt sein als Kinderlose.“ (Z. 85)

Die SPD treibt vor allem die Sorge um, dass der Staat genug Geld hat, um Gesellschaft zu gestalten. Im mer wieder wird suggeriert, dass Leistungsfähige nicht genug beitragen. Steuerpolitik soll vor allem „Ungleichheit begrenzen“. (Kap. 3.5) „Mehr Gleichheit“ als steuerpolitisches Ziel der SPD zeigt: Für die SPD ist **Umverteilung** nicht Mittel zu dem Zweck, in die Zukunft zu investieren und Solidarität zu organisieren, sondern in erster Linie Zweck an sich selbst.

Unterschied Integration

Für die CDU ist „Deutschland Integrationsland“. (Kap. VII, 3) Wir sagen, worauf es ankommt: Es geht darum, die bei uns lebenden Zugewanderten und ihre Kinder besser in unsere Gesellschaft zu integrieren. Das „Integrationsland Deutschland“ will fordern und fördern, dass sich die Hierherkommenden auf den Boden unserer gemeinsamen **Leitkultur** stellen und bei uns heimisch werden. Die CDU spricht sich gegen „Parallelgesellschaften“ aus. Für uns ist die Einbürgerung „Ausdruck eines erfolgreichen Integrationsprozesses“. (Z. 307) Für die SPD ist „Deutschland Einwanderungsland“.

Sie plädiert für die Möglichkeit der **Mehrstaatlichkeit** und für ein kommunales Wahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländer, die nicht aus EU-Staaten kommen. (Kap. 3.3)

Unterschied Familienbild

Die CDU entwirft eine Außenpolitik auf der Basis der **transatlantischen Partnerschaft**. (Z. 312, 337, 346) Neben unseren gemeinsamen Werten sind für uns auch unsere nationalen Interessen Maßstab außenpolitischen Handelns. (Z. 341, 342)

Bei der SPD offenbaren Formulierungen die Distanz zu den Vereinigten Staaten: „Wir bekennen uns zum **Multilateralismus**.“ (Kap. 3.1) Für die SPD gilt: „Wir müssen gleiche Nähe haben zwischen uns und Amerika einerseits, uns und Russland andererseits.“ (Peter Struck, FAS 6.5.2007)

„UMWELTZONE“ EINGEFÜHRT: KRITIK EBBT NICHT AB

Seit dem 01.01.2008 ist sie nun eingeführt, die lange umstrittene, so genannte „Umweltzone“ in Berlin. Nach einer Vorgabe der EU zur Luftreinhaltung hatte der Berliner Senat Mitte 2007 sein Konzept für die Einführung einer „Umweltzone“ vorgestellt und willkürlich eine Grenze entlang des inneren S-Bahnringes gezogen. Innerhalb dieser Linie dürfen nunmehr nur noch Fahrzeuge betrieben werden, die den strengen EU-Abgasnormen entsprechen.

Kritik an der Zone gab es von Anfang an: So hatte es der Senat nicht für nötig gehalten, Übergangsfristen für Altfahrzeuge und den Wirtschaftsverkehr vorzusehen. Viele Berliner Handwerkerbetriebe und Kleinunternehmen sind gezwungen, in einen neuen Fuhrpark zu investieren oder ausschließlich Aufträge von Kunden außerhalb der „Umweltzone“ auszuführen – eine massive Gefährdung für tausende von Arbeits-



und Ausbildungsplätzen. Andere Betriebe sehen sich gezwungen ihre Standorte in Berlin zu schließen, weil die notwendigen Zulieferungen für Produktion und Vertrieb nicht mehr stattfinden dürfen. Wichtige Steuereinnahmen aus einem für Berlin einst existentiellen Wirtschaftszweig gehen so verloren, denn diese Betriebe gesellen sich im Berliner Umland zu denen, die der Stadt bereits wegen der hohen Gewerbeabgaben den Rücken gekehrt haben.

Selbst als die EU den Einführungsstermin nach Protesten aus anderen Städten auf 2011 verschob, war der rot-rote Senat nicht bereit, von seiner rigiden Sofortmaßnahme Abstand zu nehmen. So muss für Berlin angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung mit einem weiteren Abstieg gerechnet werden.

Kurios wird die Auswirkung der gut gemeinten Umweltzone auch für die Menschen in den Außenbezirken sein: Landesbetriebe wie die BVG haben bereits angekündigt, dass die alten und umweltschädlicheren Fahrzeuge nur noch im Bereich außerhalb des S-Bahnringes eingesetzt werden. Von dem Ziel der Erhöhung der Lebensqualität durch das Bürokratiemonster „Umweltzone“ kann dort mit Sicherheit keine Rede mehr sein.



HENKEL REDET KLARTEXT

WER ARBEITET, DARF NICHT DER DUMME SEIN

Becks SPD und Lafontaines Linkspartei überbieten sich seit Monaten mit immer größeren sozialen Heilsversprechen. Auf diesen Eiertanz darf sich die Union nicht einlassen. Wir dürfen nicht jeden Meter nachrücken, den die SPD an den linken Rand und in den Populismus abdriftet. Wir müssen die Mitte breit ausfüllen und uns dabei auf unsere konservativen, liberalen und christlich-sozialen Wurzeln besinnen.

So einfach, wie die politische Linke die Welt macht, ist sie nicht. Als Partei der sozialen Marktwirtschaft müssen wir den Menschen verdeutlichen, dass es nicht nur um Verteilung geht, sondern dass Wohlstand auch erarbeitet werden muss. Natürlich - wer sich nicht selbst helfen kann, dem muss die Gemeinschaft helfen. Das ist unser Verständnis von christlich-sozialer Verantwortung. Ich vermisse in der aktuellen Debatte jedoch auch Begriffe wie Leistung, Wettbewerb, Freiheit und Eigenverantwortung.

Statt einen Wettbewerb um vermeintliche Wohltaten zu führen, darf die Politik die normalen Arbeitnehmer nicht aus den Augen verlieren. Sie sind es, die für den Aufschwung in unserem Land sorgen. Wer arbeitet, wer sich jeden Morgen aus dem Bett quält, darf aber am Ende nicht der Dumme sein. Die Menschen müssen das Gefühl haben, dass sich Leistung lohnt. Das geht nicht mit einer leistungsfeindlichen, nur auf Umverteilung ausgerichteten Ideologie der Linken, die zur Gleichmacherei auf niedrigem Niveau führt.

Wenn jemand Leistung erbringt und für die Gesellschaft Werte schafft, dann soll das auch honoriert werden. Das gilt für den Facharbeiter und die Krankenschwester, aber auch für den Vorstandsvorsitzenden. Wer ein Unternehmen erfolgreich steuert und Verantwortung für Zehntausende Mitarbeiter übernimmt, der soll auch am Erfolg beteiligt werden. Nur eines geht natürlich nicht: Den Karren vor die Wand zu fahren, Leute rauszuwerfen und trotzdem Prämien oder hohe Abfindungen zu kassieren. Solche Exzesse darf es nicht geben.

DAS NEUE MAGAZIN

Im 34. Jahrgang gibt es nun die Berliner Rundschau - das Hausblatt der Berliner Christdemokraten. Lange Jahre wurde die Zeitung von wackeren Parteimitgliedern ausschließlich auf den Straßen und Plätzen Berlins verteilt. Nun endlich kommt die Berliner Rundschau auch direkt nach Hause. Jeder CDU-Haushalt bekommt ab sofort viermal im Jahr das neue Magazin. An Freunde und Sympathisanten der Union wird die neue jetzt 16seitige und vollfarbige Rundschau wie bisher verteilt.

Der CDU Landesvorstand der Berliner Christdemokraten hat mit seinem Weg zu einer effektiveren und breiter angelegten Parteiarbeit bereits im vergangenen Jahr unmittelbar nach dem Abgeordnetenhauswahlkampf begonnen. Dazu gehört neben diesem Magazin für die Mitglieder etwa auch der neue Mitglieder-Kongress, das UvO-Mobil oder der neu geschaffenen Kleine Lan-

desparteitag, der im November unter dem Titel „Wie gerecht ist unsere Gesellschaft“ mit dem Ministerpräsident Thüringens Dieter Althaus diskutierte.

Uns interessiert nun Ihre Meinung zu Aufmachung, Gestaltung und Inhalt der neuen Berliner Rundschau. Schreiben Sie uns. Oder beteiligen Sie sich einfach am neuen Preis-Ausschreiben. Haben Sie die Unterschiede in den Bildern auf Seite 15 schon gefunden? Sie sehen also, die neue Berliner Rundschau zu lesen, ist ein Gewinn an sich.

Mit besten Wünschen für Sie im neuen Jahr

Ihr
Dirk Reitze
CDU-Landesgeschäftsführer
und Chef-Redakteur



Das war 2007

1. Weit über 300 Mitglieder diskutierten auf dem Mitglieder-Kongress zum Thema „Finanzen sanieren – Politik gestalten.“ 2. Strahlende Gesichter nach der Wahl des Landesvorsitzenden (Frank Henkel, Ingo Schmitt und Friedbert Pflüger) 3. Gedenken zum 17. Juni 4. Zur Wiederwahl ein Geschenk von Generalsekretär Frank Henkel 5. Wolf Biermann (l.) wird mit Hilfe der CDU und Dr. Uwe Lehmann-Brauns (r.) Ehrenbürger Berlins 6. Bundesparteitags-Plausch (Frank Henkel, Ministerpräsident Peter Müller, Ingo Schmitt) 7. Das Union-vor-Ort-Mobil (UvO) wird in Dienst gestellt 8. Auch beim CSD wird für Tempelhof geworben 9. „Den Opfern Namen geben“ am 13. August vor dem Brandenburger Tor 10. „Wie gerecht ist unsere Gesellschaft“ - Kleiner Landesparteitag (Friedbert Pflüger, Ministerpräsident Dieter Althaus, Ingo Schmitt) 11. Am Rande des Mitglieder-Kongresses Ingo Schmitt und Ministerpräsident Georg Milbradt 12. CDU-Lotsen-Westen für die Kampagne zum Volksbegehren 13. Das Volksbegehren beginnt (Peter Rzepka, Frank Henkel, Friedbert Pflüger, Ingo Schmitt)



CDU-CHEF INGO SCHMITT: EIN JAHR VOLLER PERSPEKTIVEN

2007 war ein spannendes Jahr für Berlin und die CDU. Der Landesparteitag im Mai hat gezeigt, dass die Partei geschlossen ist und sich mit vereinten Kräften den Herausforderungen einer soliden und verlässlichen Oppositionsarbeit stellt. Für den in 2007 mit großer Mehrheit wiedergewählten Landesvorsitzenden Ingo Schmitt war das vergangene Jahr ein erfolgreiches für die Berliner CDU. Im Gespräch mit der Berliner Rundschau gibt er einen positiven Ausblick auf 2008.

Schmitt: „Wir haben viel erreicht. Die Partei hat sich den unterschiedlichsten Themen angenommen und vollen Einsatz gezeigt. Zum Beispiel musste das Bezirksamt von Charlottenburg-Wilmersdorf in Sachen Parkraumbewirtschaftung kapitulieren, weil knapp 87 Prozent der Bürger sich gegen die geplante Erweiterung der Parkzonen ausgesprochen haben. Erfreulich ist auch, dass nun im Rahmen der Errichtung des Humboldt-Forums die barocke Fassade des einstigen Stadtschlösses - gegen den Widerstand der Linken - wieder entsteht und dem geschichtsträchtigen Ort auf diese Weise ein überzeugendes Gesicht verliehen wird. Was das Ringen um den Flughafen Tempelhof betrifft, so zeigen wir mit dem glänzend laufenden Volksbegehren dem Senat mit seiner starren Haltung die rote Karte. Der Zuspruch der Menschen ist enorm. Allein bis Ende des Jahres hatten mehr als 120.000 Berlinerinnen und Berliner unterschrieben und es werden bis zum Ablauf der Frist am 14. Februar noch viel mehr werden.“

Der CDU-Landesvorsitzende verweist darauf, dass die Berliner Union in der Endphase des Volksbegehrens sich noch einmal zusätzlich zu den bisherigen Aktionen engagieren wird. „Wir werden stadtweit mit eigenen Plakaten für Tempelhof werben und uns außerdem bei Großveranstaltungen beteiligen, um möglichst viele für Tempelhof zu gewinnen.“ Der CDU-

Landesvorsitzende ist zuversichtlich, dass mit vollem Einsatz schließlich die nötige Zahl von 170.000 Unterstützerunterschriften erreicht wird. Schmitt: „Und dann werden wir stadtweit zum wahrscheinlichen Termin des Volksentscheids am 28. Juni einen thematischen Wahlkampf in Berlin erleben, zu dem wir uns kampagnenstark wie bisher präsentieren werden.“ Der Berliner Unions-Chef verweist außerdem darauf, dass mit dem anstehenden Volksbegehren von ProReli ein weiteres für die CDU wichtiges Thema auf der Kampagnen-Agenda stehe.

Die Bilanz von Rot-Rot in 2007 ist für den CDU-Landesvorsitzenden eine einzige Enttäuschung und fortwährender Antrieb für eine Ablösung des Wowereit-Senats zu kämpfen. Schmitt zählt auf: „Der Senat hat es auch im vergangenen Jahr wieder geschafft, sich auf der Liste der Pleiten und Pannen ganz nach oben zu arbeiten. Angefangen von den sich ständig wiederholenden Justizskandalen um Senatorin Gisela von der Aue über den anhaltenden Lehrermangel an Berliner Schulen bis hin zur sinnlosen Umweltplakette oder dem ablehnenden Verhalten gegenüber der Wirtschaft. Heldentaten vollbrachten weder der Regierende Bürgermeister, als er seine Memoiren schrieb, noch der Finanzsenator, indem er es mit dem Steuergeheimnis von Abgeordneten nicht so genau nahm oder der Wirtschaftssenator, als er bei einer bundesweiten Umfrage unter mittelständischen Unternehmen auf dem letzten Platz landete. Die Politik von Rot-Rot gleicht einem Trauerspiel. Daher hat sich die Berliner CDU auch im neuen Jahr wieder zum Ziel gesetzt, dafür zu kämpfen, dass sich die Hauptstadt nicht weiter unter Wert ver-

kauft. Unser Slogan zur Abgeordnetenhauswahl gilt unverändert. Berlin kann mehr.“

Ein weiteres Thema des neuen Jahres beginnt Schmitt mit einem Blick in das vergangene. Er verwies auf den 2007 stattgefundenen Mitgliederkongress, auf dem die Landespartei über die Haushaltssanierung grundlegend debattiert habe. Das Ergebnis dieser Beratung wurde dann Ende des letzten Jahres auf einem kleinen Landesparteitag unter dem Titel „Finanzen sanieren – Politik gestalten“ beschlossen (die Berliner Rundschau berichtete). Auf diesem Kleinen Landesparteitag, einer Neuerung der laufenden Amtsperiode, wurde vor allem aber auch mit Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus über die Idee eines sozialen Bürgergeldes diskutiert, was in den Medien auf breites Interesse gestoßen war. Ingo Schmitt: „Das Thema Gerechtigkeit wird von der Berliner Union auch in 2008 weiter behandelt werden. Im Auftrag des Kleinen Landesparteitages arbeitet der Landesfachausschuss Soziales nun dem Landesvorstand zu.“



„Das Thema Gerechtigkeit wird von der Berliner Union auch in 2008 weiter behandelt werden“

Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt: „Wir haben im vergangenen Jahr gesehen, dass wir mit unseren Themen, wie Tempelhof, Innere

Sicherheit oder Religionsunterricht, sehr sehr vielen Berlinerinnen und Berlinern aus dem Herzen sprechen. Wir haben die Parteiarbeit intern etwa mit Mitgliederkongress, Kleinem Landesparteitag oder auch dem neuen Mitglieder magazin erneuert und kommunikativer gestaltet. Die Partei zeigt sich in allen Gliederungen kampagnenstark, als wäre Wahlkampfzeit. Wir haben also allen Grund als Berliner Union im Jahr 2008 eines voller Perspektiven zu sehen.“

Die Pergola am Alten Palais unter den Linden

45 Jahre war sie verschwunden – vermisst haben dürften sie wohl nur die Wenigsten. Nun, seit sie offiziell am 2. Oktober 2007 von der Stiftung Denkmalschutz an die Humboldt-Universität übergeben wurde, merkt man, dass sie tatsächlich gefehlt hat – die Pergola am Alten Palais unter den Linden.



Ein kleines unauffälliges aber sehenswertes Stück Berliner Geschichte ist wieder da! Dafür brachte die Stiftung um Lothar de Maizière über 540.000 € auf. Noch zu Lebzeiten Schinkels war das Palais für den Prinzen Wilhelm, Sohn von König Friedrich Wilhelm III., nach einem Entwurf von Carl Christian Langhans ab 1834 entstanden. Es war Lebens- und Wirkungsort des Prinzen, der 1861 zum preußischen König und 1871 zum deutschen Kaiser gekrönt wurde. Wilhelm lebte mit seiner Gemahlin Augusta zeit seines Lebens in den Wintermonaten in diesem Palais, wo er auch im März 1888 starb. Im Zweiten Weltkrieg fiel das Haus 1943 Brandbomben zum Opfer. Nach 1945 der Humboldt-Universität zugeordnet, wurde es nach dem Wiederaufbau von 1960 bis 1962 als Institutsgebäude in Betrieb genommen.

1962 verschwand auch der Rest der alten Pergola, die einst den Ästheten des 19. Jahrhunderts als „harmonischer Uebergang“ vom klassizistischen Alten Palais zur im Barockstil erbauten „Kommode“ galt. Das architektonische Thema „Weinlaube“ brachte Schinkel von seiner Italienreise 1804 nach Preußen. Merkmal dieser Kombination aus Schattenspenders und Aussichtsplattform war der direkte Zugang von den Haupträumen des Hauses, in diesem Falle vom Arbeitszimmer des späteren Königs und Kaisers aus.

Die Hermentköpfe auf den Pfeilern sind Belege für den Gebrauch des Hauses als Fürstendomizil ebenso wie die optische Ausrichtung der Pergola auf Schlossbrücke, Stadtschloss, Neuer Wache und Zeughaus, was Schinkel als Verschmelzung von „Historischem und Poetischem“ beschrieb. Diesen Blickfang neu zu entdecken, ist garantiert einen Winterspaziergang wert, bevor im Frühjahr der ganze mediterrane Charme der begrünten Pergola auf uns wirken kann.

CDU-KAMPAGNE

GEHT IN ENTSCHEIDENDE RUNDE

Die Umfragen haben es beharrlich bestätigt. Dreiviertel der Berlinerinnen und Berliner ist für die Offenhaltung Tempelhofs und etwa die Hälfte davon ist entschlossen auch zur Abstimmung zu gehen. Jetzt wird die Zeit langsam knapp.

Bis zum Ende des Volksbegehrens wird die CDU Berlin nun noch einmal die eigenen Kampagnen-Maßnahmen verstärken. Zum Ende der Ferien werden nun landesweit Plakate aufgehängt (siehe Foto rechts). Der CDU-Generalsekretär Frank Henkel, der die Kampagne leitet, betont: „Die gesamte Berliner Union fährt ein Engagement, dass wahlkampffrei ist.“

Er verwies darauf, dass neben den neuen Pla-

katen, die in diesen Tagen ausgeliefert werden, weitere Aktionen aus Reihen der Berliner Christdemokraten geplant seien. So wolle man etwa bei publikumswirksamen Veranstaltungen für Tempelhof werben.

Um die Aufhängung der bislang hängenden Plakate der ICAT (Interessengemeinschaft City Airport Tempelhof) hatte es einen wahren Plakatkrieg (BILD-Zeitung) gegeben. Neben anderen bürokratischen Hindernissen, die zum Teil erst vom Verwaltungsgericht beseitigt werden mussten, hatte es Ende letzten Jahres erbitterten Streit zwischen der ICAT und der Berliner Verwaltung über die Durchführung des Volksbegehrens zur Offenhaltung Tempelhofs gegeben.



CDU-Generalsekretär Henkel: „Ich bin dennoch zuversichtlich, dass sich die Menschen in Berlin nicht davon abhalten lassen ihre Verfassungsrechte wahr zu nehmen und bis zum 14. Februar für das Volksbegehren stimmen werden.“

NEUER CDU-INTERNET-AUFTRITT MITGLIEDERBILDER GESUCHT



aktuell online gehen. Möglich wird dies durch ein neues und Orts unabhängiges Einstellungsprogramm.

Da die CDU weder im Internet noch in der Wirklichkeit aber nur aus Pixeln und Programmik besteht, sondern aus all den vielen Mitgliedern, wollen wir diese auch gebührend präsentieren. Senden Sie uns

also ein aussagekräftiges Foto

mit den üblichen persönlichen Daten von Ihnen zu. Sollten Sie sich auch außerhalb der CDU engagieren - etwa im Verein oder in der Nachbarschaftshilfe - so erwähnen wir dies gern. Über eine erste Welle an Zusendungen bis zum 18. Januar (an marten@cduberlin.de, oder per Post an CDU Berlin, Wallstraße 14A, 10179 Berlin) würden wir uns sehr freuen.

Ab Februar wird es soweit sein.

Die CDU Berlin wird ihren Internet-Auftritt neu gestalten. Dabei werden nicht nur noch mehr multimediale Inhalte eingestellt werden, sondern es sollen auch – etwa bei besonderen Veranstaltungen - Fotos und Beschlüsse

SCHLUSS MIT DULDUNGSPÄDAGOGIK

„Scheiß Deutscher“. Ein Zitat das für Empörung sorgt. Doch wäre der 76-jährige Münchner Rentner nur derart beleidigt und anschließend bespuckt worden, hätte der Vorfall wohl nicht die aktuelle Medienpräsenz bekommen. Nach dem der Rentner einen 17-jährigen Griechen und einen 20-jährigen Türken aufgefordert hatte in der U-Bahn nicht zu rauchen, wurde er verfolgt und brutal zusammengeschlagen.



Der Berliner CDU-Generalsekretär Frank Henkel hat nun im Streit um kriminelle Jugendliche Hessens Ministerpräsidenten Koch unterstützt. Er sagte: „Ein so brutaler Überfall mit deutschfeindlichem Hintergrund kann nicht ausgeblendet werden, nur weil Wahlkampf ist. Es ist Fakt, dass wir in Deutschland im Bereich Jugendgruppengewalt ein massives Problem mit Ausländerkriminalität haben. Roland Koch hat nur ausgesprochen, was in vielen Städten leider der Lebenswirklichkeit entspricht.“

Der CDU-Innenpolitiker fordert endlich „auf solche gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zu reagieren“. Erziehungscamps könnten eine Antwort auf die bisherige „Duldungspädagogik des rot-roten Senats“ sein. Weitere Vorschläge seien: „Warnschussarreste“, geschlossene Heimen, Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab 18 Jahren und Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre. Er forderte zudem, kriminelle ausländische Jugendliche abzuschicken. Es müsse auch möglich sein

darüber nachzudenken, Jugendliche mit deutschem Pass und Migrationshintergrund die Staatsangehörigkeit abzuerkennen.

Die Forderungen aus der Union werden von Rot-Rot und den Grünen zurück gewiesen. „Aus der kriminologischen Mottenkiste“, sagt Volker Ratzmann von den Grünen. Marion Seelig von der Linken findet die Vorschläge „unsäglich“ und „menschenunwürdig“. Die SPD-Politiker Körting und von der Aue verweisen insbesondere darauf, dass das Jugendstrafrecht scharf genug und nur konsequenter anzuwenden sei.

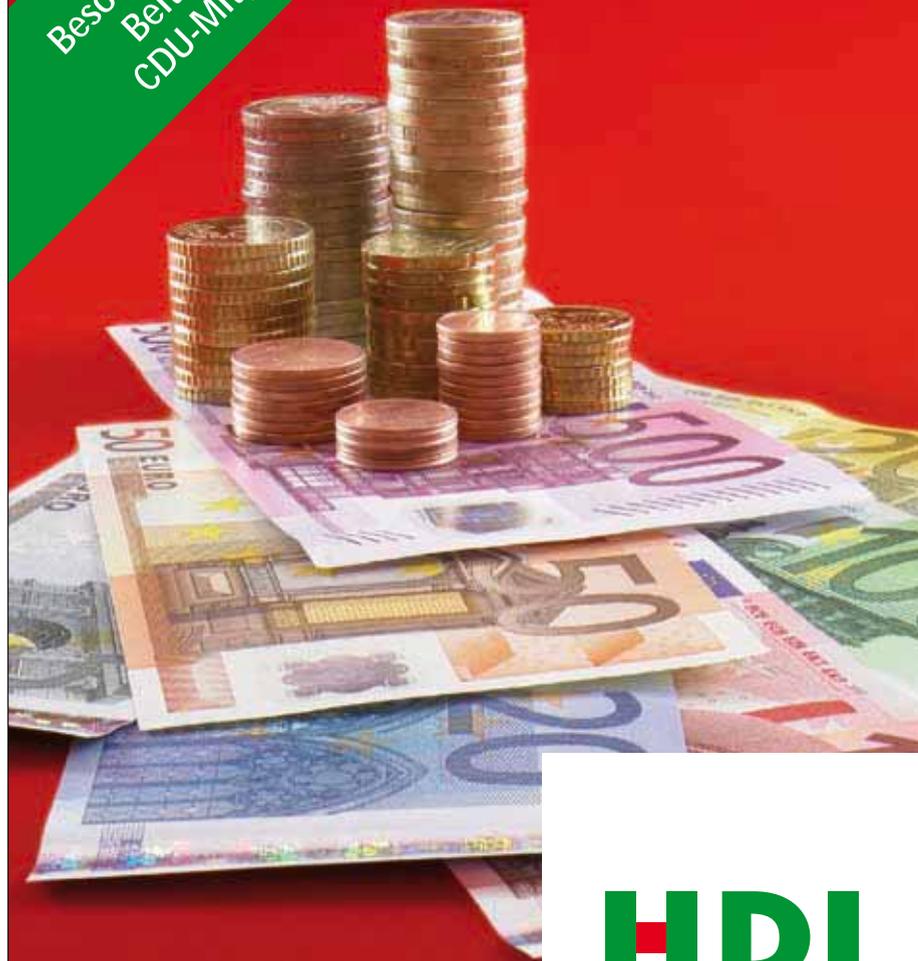
Auf Nachfrage der Berliner Morgenpost nannte die Berliner Innenverwaltung konkrete Zahlen. Bei der Jugendgruppengewalt lag danach 2006 (2007 kaum verändert) der Anteil der Täter mit

Migrationshintergrund bei knapp 45 Prozent. Etwas mehr als 1300 Täter und Tatverdächtige waren Ausländer, knapp 800 gehörten der Gruppe der „Deutschen nichtdeutscher Herkunft“ an. Beim Straßenraub liege der Anteil nichtdeutscher Täter aber bei mehr als 60 Prozent. Bei den „Abziehdelikten“, bei denen Kindern und Jugendlichen durch Gewalt und Drohungen Handys und Kleidung geraubt werden, seien circa 80 Prozent der Täter nichtdeutscher Herkunft. Die meisten Tatverdächtigen nichtdeutscher Herkunft kamen 2006 bei der Jugendgewalt aus der Türkei, mit großem Abstand dahinter folgten etwa Araber, Polen und Vietnamesen.

CDU-Generalsekretär Frank Henkel im Gespräch mit Berliner Polizisten.



Besonders günstige Beiträge für CDU-Mitglieder



HDI

HDI Versicherungen

Sparen Sie Geld!

■ Das Angebot exklusiv für CDU Mitglieder:

Warum sparen Sie Geld bei HDI?

- CDU Mitglieder handeln verantwortungsvoll. Das belohnt HDI mit besonders günstigen Preisen
- Starkes Preis-Leistungs-Verhältnis: HDI arbeitet günstig als Direktversicherer
- Schnelle und unbürokratische Hilfe im Schadensfall
- Kombi-Sparbeiträge: Beitragsersparnis für Mitglieder bis 27 %

Telefon 0180 2 703703*
Telefax 030 3204-455

*6 Ct. pro Anruf aus dem Festnetz der Dt. Telekom, abweichende Preise aus Mobilfunknetzen möglich.

HDI
Niederlassung Berlin
Stichwort: „CDU“
Krausenstraße 9-10
10117 Berlin



PFLÜGER: „PRO TEMPELHOF“ AUF DER ZIELGERADEN

Bis zum 14. Februar haben die Berlinerinnen und Berliner Zeit, ihre Unterschrift für den Erhalt des City-Airports abzugeben. In der Bevölkerung gibt es große Zustimmung und freundliche Aufgeschlossenheit – das erfahre ich bei unzähligen Begegnungen: bei Hausbesuchen im Wahlkreis, bei vielen Aktionen auf den Straßen, an Canvassingständen und vor Bürgerämtern.



Bei einigen Unentschlossenen ist jedoch auch Verunsicherung zu spüren. Sie zögern, weil die geplante Schließung 2008 von Senat und Regierungskoalition als scheinbar alternativlos dargestellt wird. Mit einigen der immer wiederkehrenden Argumente möchte ich mich hier auseinandersetzen.

Behauptung Rot-Rot: Nur die „Bosse“ landen in Tempelhof, nur sie profitieren.

Falsch! Gerade Geschäftsfieger bringen Geld in die Stadt. Namhafte Investoren sind bereit, den gesamten Komplex inklusive Flugbetrieb zu übernehmen. Sie wollen 350 Mio. Euro in ein Gesundheitszentrum für jährlich 120.000 Patienten investieren, gleichzeitig 1.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Davon profitiert unsere ganze Stadt. Wer solche Zukunftsaussichten einfach in den Wind schlägt, muss schon sehr überzeugende Alternativen anbieten. Der Senat hat jedoch keine Ahnung, wie es nach der Schließung auf dem riesigen Gelände weitergehen soll. Vorschläge wie die Einrichtung einer Skaterbahn oder eines Baseball-Feldes senden die falschen Signale aus. Alles schön. Aber Berlin braucht keine weiteren Parks, sondern Investitionen und Arbeitsplätze.

Behauptung Rot-Rot: Tempelhof muss 2008 geschlossen werden, um BBI nicht zu gefährden.

Falsch! Tempelhof kann Ende Oktober, so wie es Rot-Rot will, geschlossen werden. Nirgends steht allerdings, dass dann geschlossen werden muss. Kein Gutachten, auch keines von Wowereit, fordert eine Schließung im Oktober 2008. Im Gegenteil: Alle sagen, dass Tempelhof mindestens bis zur Eröffnung von BBI offen bleiben kann. Doch Wowereits autoritäre Arroganz – auch gegenüber dem Bund – verhindert bisher eine vernünftige Lösung. Die Wahrheit ist: Tempelhof entlastet BBI!

Behauptung Rot-Rot: Der Flughafen Tempelhof ist ein Millionengrab.

Falsch! Das Gegenteil ist der Fall. Der Bund hatte angeboten, die Betriebskosten während der Offenhaltung des City-Airports mindestens bis zur Eröffnung von BBI zu

Geländes anfallen. Macht in 10 Jahren knapp eine halbe Milliarde Euro. Wird also Tempelhof geschlossen, bedeutet dies riesige Kosten für Berlin, während die Einnahmen aus dem Flugbetrieb entfallen.

Behauptung Rot-Rot: Die Tempelhof-Befürworter sind Nostalgiker.

Falsch! Sind die rund 75 Prozent der Berlinerinnen und Berliner, die laut Umfragen für die Offenhaltung Tempelhofs sind, wirklich alles „Ewiggestrige“, wie Herr Wowereit sagt? Wir sagen nein. Wir denken an die Zukunft unserer Stadt, wenn wir fordern, Tempelhof als Flughafen für Geschäfts- und Privatflugverkehr offen zu lassen. Dieser Verkehrsbereich hat jährliche Wachstumsraten von 20 Prozent. Der City-Airport ist ein Standortvorteil unserer Stadt, der Investitionen und Arbeitsplätze garantiert. Wer einen solchen Flughafen schließen will, glaubt nicht an die Zukunft unserer Stadt.



Friedbert Pflüger und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos auf dem Flughafen Tempelhof

übernehmen. Durch die Ablehnung des Angebotes trägt Wowereit allein das Risiko, dass die Berliner mit Hunderten Millionen Euro für Schließung, Unterhalt, Wachsenschutz, Denkmalpflege, Säuberung, Altlastensanierung usw. belastet werden. Allein 43 Mio. Euro sollen laut Flughafengesellschaft jährlich für die Instandhaltung des Gebäudes und

Wir bitten alle Berliner: Unterschreiben Sie schnell in einem der Bürgerämter für die Zukunft des Flughafens Tempelhof und die Zukunft Berlins! Wer meint, seine Unterschrift ändere sowieso nichts, weil der Senat von seiner trotzigsten Haltung nicht abrücken wird, dem sei gesagt: Wenn wir es schaffen, 170.000 Unterschriften für den Erhalt zusammen zu bekommen, kann Herr Wowereit das nicht ignorieren!

KINDESMISSHANDLUNGEN: FRÜHERKENNUNGS-UNTERSUCHUNGEN ZUR PFLICHT MACHEN



Über 550 registrierte Fälle von Kindesmisshandlungen in Berlin stellte das Bundeskriminalamt fest. Erschreckend bei dieser Statistik: Dies sind deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Außerdem zeigt die Statistik, dass die Zahl der Fälle in der Hauptstadt seit Jahren ansteigt.

Emine Demirbüken-Wegner, jugend- und familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, erklärt dazu: „Diese Entwicklung ist erschütternd und zeigt, dass die bisherigen Maßnahmen, auch das ‚Netzwerk Kinderschutz‘, nicht ausreichen, Kinder vor Gewalt und Verwahrlosung zu schützen. Wir fordern deshalb den rot-roten Senat auf, seine Haltung zu überdenken und endlich verpflichtende Früherkennungsuntersuchungen für alle Kinder nach dem Vorbild des Saarlandes einzuführen.“

Diese Maßnahmen sollten im neuen Jahr verwirklicht werden. Die CDU hat deshalb bereits im letzten Herbst einen Antrag im Abgeordnetenhaus eingebracht. Danach sollen alle Kinder bis fünfeinhalb Jahren, die nicht an einer für ihr jeweiliges Alter vorgesehenen Früherkennungsuntersuchung (U1 bis

U10) teilgenommen haben, durch eine zentrale Stelle erfasst werden. Deren Familien werden dann zu einer Teilnahme aufgefordert. Sollten sie der Aufforderung nicht nachkommen, werden sie durch die zuständigen Jugend- bzw. Gesundheitsämter aufgesucht. Um die verpflichtenden Früherkennungsuntersuchungen flächendeckend und ohne Einschränkungen durchführen zu können, müssen die Jugend- und Gesundheitsdienste personell angemessen ausgestattet werden. Die Finanzierung muss sich am aktuellen Bedarf orientieren.

Emine Demirbüken-Wegner: „Das Saarland hat die verpflichtenden Früherkennungsuntersuchungen vor einem Jahr eingeführt. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass diese Maßnahmen greifen. Denn mit den verpflichtenden Früherkennungsuntersuchungen wurden deutlich mehr Eltern erreicht als mit freiwilligen Untersuchungen. Wenn Rot-Rot unseren Antrag in der letzten Wahlperiode nicht abgelehnt hätte, hätte sich der Kinderschutz auch in Ber-



Emine Demirbüken-Wegner spricht auf dem Bundesparteitag zum Thema Familien-Check

lin sichtbar verbessern können.“ Dennoch sieht die CDU-Politikern jetzt Hoffnung für das Anliegen der Christdemokraten. Sie sagt: „Es scheint bei der Regierungskoalition langsam Bewegung in die Debatte zu kommen. Dass sie ein verbindliches Meldewesen einführen will, ist immerhin ein Schritt in die richtige Richtung. Ein weiterer muss jetzt folgen: verpflichtende Früherkennungsuntersuchungen für alle Kinder. Und das schnell.“

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG

CDU-Landesverband Berlin,
Wallstraße 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0 • Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONS LEITUNG:

Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR:

Dirk Reitze

REDAKTION:

Dirk Reitze, Jan Luther, Frank Marten

LAYOUT und PRODUKTION:

Verlag ante portas e. K.

BILDNACHWEIS

von oben links nach unten rechts:

S. 1: iStock Murat Giray, Reitze, iStock kkgas;
S. 2: Reitze; S. 3: 2x Reitze; Lüders;
S. 4: alle Reitze; einmal privat; S. 5: Reitze,
iStock Murat Giray; S. 6: Luther; S. 7: Reitze,
iStock dan talson; S. 8: Thiedemann;
S. 9: iStock kkgas, Reitze; S. 10: alle Reitze;
S. 11: alle Luther; S. 13: Reitze, 4 x privat;
S. 14: 2 x Reitze, 3 x privat; S. 15: Reitze

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wall Berliner Morgenpost präsentieren

CLASSIC OPEN AIR

3. bis 7. Juli 2008

Coca-Cola koffeinhaltig

Lutter & Wegner

tvb

radioBERLIN

GENDARMENMARKT

Wall Berliner Morgenpost Berliner Kindl RS2 tvb präsentieren

Pyronale

Feuerwerk-World-Championat

Ticket-Hotline
01805 600 121 (0,20 €/min)
www.pyronale.biz

05. und 06. 09. 2008

Maifeld

am Olympiastadion-Berlin

Lutter & Wegner



SPD-GESCHENK FÜR DEN LINKEN KOALITIONSPARTNER

Warum soll Tempelhof so eilig geschlossen werden? Historiker Prof. Wilke antwortet den Fragen der Berliner Rundschau.

?: Herr Prof. Wilke, was hat die Geschichte des Flughafens Tempelhof mit der jetzt beabsichtigten Schließung zu tun?

?: Was bedeutet diese Selbstbehauptung West-Berlins für heute?

!: Mit der Blockade wurde die Teilung der Stadt für 40 Jahre festgeschrieben. Demokratie und Freiheit konnten nur im Westteil der Stadt behauptet werden, die Ost-Berliner eroberten sie sich im Herbst 1989 als sie die Mauer zu Fall brachten.

Mit dieser Politik konterkarieren die Berliner Sozialdemokraten das gerade in Hamburg beschlossene Parteiprogramm der SPD, in der sich die Partei als Anwalt der deutschen Demokratie seit 150 Jahren feiert. Was die SPD unter Wowereit jetzt in Berlin tut, ist genau das Gegenteil davon.



Prof. Manfred Wilke (66) war bis 2006 Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU-Berlin und ist stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Berlin.

!: Der Tempelhofer Flughafen war 1948 die Voraussetzung, um den Plan des sowjetischen Diktators Stalin zum Scheitern zu bringen, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben. Die Blockade der Eisenbahn- und Straßenverbindungen durch die Sowjetische Besatzungszone nach Berlin wurde durch die Luftbrücke überwunden. Nach 11 Monaten gab Stalin auf und die Westalliierten behaupteten ihre Präsenz in Berlins West-Sektoren.

Der damalige Berliner Regierende Bürgermeister Ernst Reuter (SPD) hatte damit Recht behalten, die West-Berliner hatten durchgehalten. Die Absicht der Sowjets und der deutschen Kommunisten, die Berliner einer neuen „Sklaverei“ zu unterwerfen war vereitelt. Obwohl die Sektorengrenze nach Ost-Berlin offen blieb und die SED-Machthaber Lebensmittel an West-Berliner, die dies wollten, austeilten, nahmen nur wenige diese „Solidarität“ in Anspruch. In der Geschichte der Teilung Deutschlands war das die zweite schwere Niederlage, die die sowjetische Politik und die ihrer SED-Handlanger in dieser Stadt hinnehmen mussten. Die erste war der Widerstand gegen die Zwangsvereinigung der Sozialdemokraten 1946 im Westen.



Die SPD begründete 2001 die Koalition mit der SED-Fortsetzungspartei mit dem Argument, die PDS als stärkste Partei in Ost-Berlin in die Verantwortung für die Stadt zu nehmen. Die Konzession der SPD an die PDS in der Koalitionsvereinbarung war ein Denkmal für Rosa Luxemburg, die 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands gründete.

Die PDS verlangte damit die Neubewertung ihrer kommunistischen Vergangenheit und die SPD stimmte dem zu. Ein ähnlicher Vorgang scheint sich mit der Schließung Tempelhofs zu wiederholen. Es ist eigentümlich, dass der Senat beschließt den Flughafen zu schließen, ohne dies weiter zu begründen. Alternative Nutzungspläne für das Flughafengelände werden abgelehnt. Dieses Verhalten ist ökonomisch unvernünftig und wirft die Frage nach dem Warum auf.

Die historische Bedeutung Tempelhofs für West-Berlin ist offenkundig. Es drängt sich der Eindruck auf, als wolle die SPD dieses Symbol der Niederlage des Kommunismus aus dem kollektiven Gedächtnis der Berliner tilgen. Sozusagen ein historisches Geschenk für eine erfolgreiche weitere Koalition mit der PDS.

?: Gibt es noch andere Beispiele für eine solche SPD-Rücksichtnahme?

!: Die gibt es. Zum Beispiel der zwanzigste Jahrestag des Reagan-Besuchs 1987. Dieser war dem Senat kein Wort der Würdigung wert. Damals fiel der prophetische Satz des amerikanischen Präsidenten „Come here to this gate! Mr. Gorbachev, open this gate! Mr. Gorbachev, tear down this wall!“.

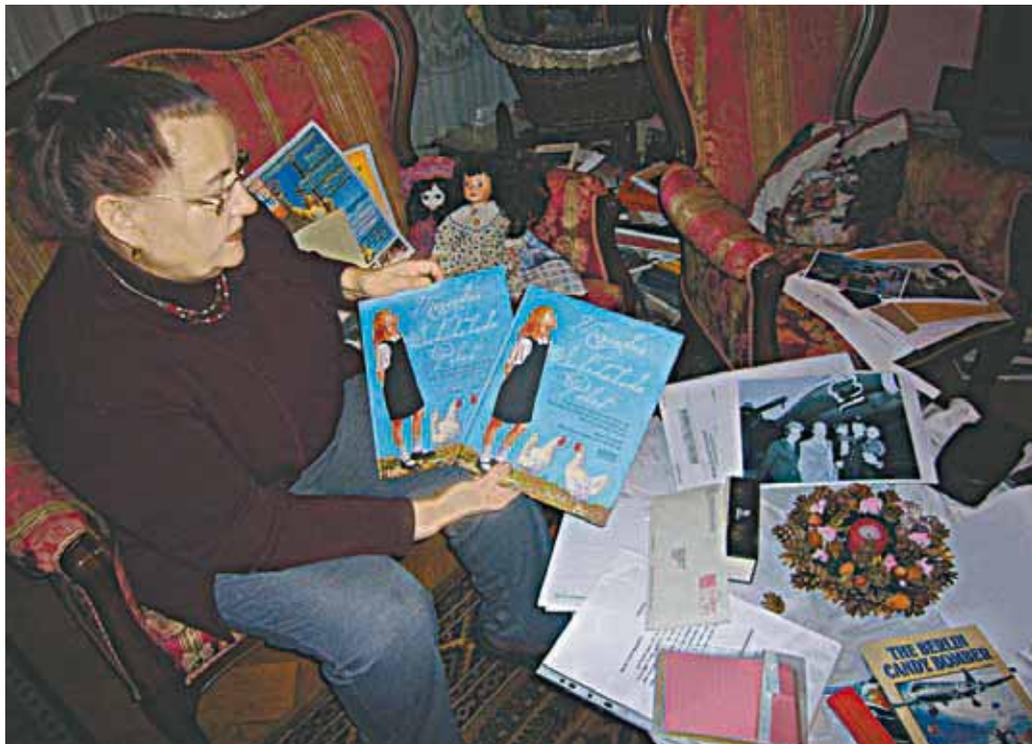
Vielleicht hängt es auch damit zusammen, dass seinerzeit viele Sozialdemokraten mit der AL und den Kommunisten gegen den Besuch protestierten. Es ist bislang nicht bekannt, dass Rot-Rot vorhat, die 60ste Wiederkehr der Berlin-Blockade gebührend zu würdigen.



Die Konsequenz dieses offiziellen Beschweigens dieses Freiheitskampfes ist, dass die Geschichte West-Berlins überlagert wird von einem SED-mitbestimmten Geschichtsbild, das die Verbrechen der Kommunisten bagatellisiert und diesen Kampf für die Freiheit dem Vergessen überantwortet.



MERCEDES UND DER CANDY-BOMBER-PILOT



Manch wahre Geschichte klingt so unglaublich, dass sie nur wahr sein kann, denn die Phantasie für deren Erfindung wäre schlichtweg überfordert.

So auch im Falle von Mercedes Wild. Geboren wurde sie am 23.03.1941 als Enkelin von Wilhelm Simon. Ihr Vater, Pilot der Luftwaffe, galt seit der Luftschlacht um England 1940 als vermisst. Der Großvater war gut befreundet mit einem gewissen Herrn Gottlieb Daimler und hatte zudem das Namensvorschlagsrecht für seine Enkelin. In der Hähnelstraße 15 in Friedenau wuchs die kleine Mercedes hinein in das Ende jenes Krieges, das sie gemeinsam mit Mutter und Großmutter im Luftschutzkeller des Hauses überlebte.

In ihrer Erinnerung sieht sie immer noch die Mutter mit schreckensgeweiteten Augen, zitternd vor Angst vor dem Dröhnen der alliierten Bomber und den Detonationen ihrer tödlichen Last.

Und genau dieses unbehagliche Gefühl beschlich die kleine Mercedes als sie 1948 das Dröhnen derselben Maschinen auf ihrem Schulweg in die 19. Grundschule in der Offenbacher Straße vernahm. Die Siebenjährige befand sich dabei mitten in der Einflugschneise. Doch das Unbehagen wich bald dem Gerücht, aus den anfliegenden Maschinen würden Süßigkeiten an Fallschirmen abgeworfen. Doch so sehr sich Mercedes bemühte, einen dieser Schirme zu ergattern, immer ging sie leer aus, waren die anderen Kinder schneller.

So beschloss das Mädchen, dem Piloten einen Brief zu schreiben. Sie adressierte ihn an „den Schokoladen-Onkel, Flughafen Tempelhof“. Sie bat den Piloten darin, doch bitte einmal Schokolade über ihrem Haus abzuwerfen. Das könne er



ja nicht verfehlen, denn im Hof sähe er weiße Hühner zur Orientierung. Hier wäre die Geschichte im Normalfall zu Ende. Doch der Normalfall ist in dieser Geschichte nicht vorgesehen. Der Brief kam nicht nur an, er wurde auch beantwortet. Und zwar genau von eben jenem Piloten, der tatsächlich die Fallschirme mit Schokolade und anderen Süßigkeiten über den spielenden Kindern abwarf, US-Leutnant Gail S. Halvorsen, inspiriert durch die sichtbare Armut und den Hunger der Kinder in der Einflugschneise und

Briefen, wie den von Mercedes. Dem Brief beiliegend fand Mercedes ein Päckchen Kaugummi und einen Lutscher. Letzteren führte sie sofort der vorgesehenen Verwendung zu, die Kaugummis wurden gewinnbringend getauscht - in der Zeit von Lebensmittelmarken und Nahrungsmittelknappheit eine wirkliche Überlebenshilfe. Die Lehre für die kleine Mercedes: tue etwas, dann erreichst du auch etwas. Und sie gewann Hoffnung, nicht nur für

den Moment, auch für ihr Leben, ihre Heimatstadt, sie sah Zukunft für sich und ihre Familie. Hatte doch ein Pilot, wie ihr Vater einer war, ihr geantwortet. Der Brief ist bis heute ein gut behütetes Heiligtum der Familie Wild.

Welche Folgen ihr Handeln in der Zukunft haben würde, hätte sie allerdings damals noch nicht für möglich gehalten. Vorerst ging ihr Leben einen recht normalen Gang, sie studierte Medizin, heiratete, bekam vier Kinder.

1972 fand auf dem Flughafen Tempelhof ein Tag der offenen Tür statt. Kommandant des Flughafens war zu diesem Zeitpunkt kein geringerer als Oberst Gail S. Halvorsen. Umringt von Berlinern traf er an diesem Tag auf die Familie Wild.

Mercedes kannte den Namen Halvorsen von ihrem Brief. Man erkannte sich und in kürzester Zeit entwickelte sich eine enge Freundschaft der beiden Familien, die bis heute anhält. Am Klingelschild von Familie Wild hängt auch der Name Halvorsen, der während seiner Berlin-Aufenthalte natürlich hier wohnt.

Zum 50. Jahrestag der Luftbrücke stand Mercedes Wild zusammen mit Gail S. Halvorsen, Helmut Kohl und Bill Clinton auf dem Podest auf dem Flughafen Tempelhof und erzählte voll Dankbarkeit ihre Geschichte. Die Medien berichteten weltweit. In den USA reagierte prompt eine Kinderbuchautorin, nahm Kontakt zu Gail und Mercedes auf und es entstand das Kinderbuch „Mercedes und der Schokoladenonkel“. 2003 erschien es in den USA, 2005 dann auch in Deutschland. Mittlerweile ist das Buch zum Schulbuch avanciert und Gail Halvorsen als auch Mercedes Wild gefragte Vortragsreisende sowohl in den USA als auch in Deutschland. Das Buch zeigt am Einzelbeispiel lebendiger Zeitgeschichte, wie aus Feinden Freunde werden können, wie einfach Völkerverständigung sein kann, wie Menschlichkeit und Hilfe ein Leben und Lebenseinstellungen verändern können.

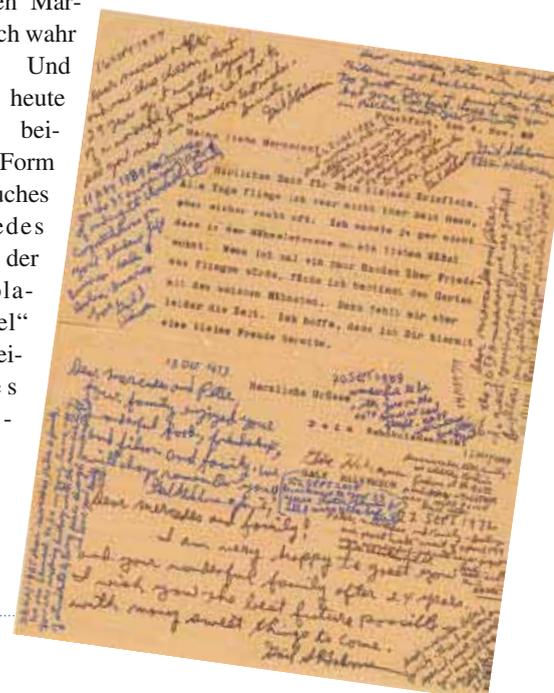
Für Mercedes Wild ist es ein wenig ernüchternd, feststellen zu müssen, welch hohen Stellenwert die Berliner Luftbrücke in den USA genießt und welches Wissen um die Dinge dort vorhanden ist bzw. bewusst vermittelt wird. Ganz im Gegensatz zur eigenen Heimat. Lehrrahmenpläne geben in den Schulen kaum Raum für viel Geschichtsstoff nach 1945.

Doch noch ist Mercedes Wild fit und mobil, hat eine vollen Terminkalender als Vortragsreisende in Sachen Luftbrücke, letzters bei Guido Knopp im ZDF und demnächst bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ebenso tourt Pilot Halvorsen, mittlerweile 87, mit der DC4 „Spirit of Freedom“ und einer mobilen Ausstellung zum Thema Luftbrücke durch die USA.

Spätestens zum 60. Jahrestag der Luftbrücke im nächsten Jahr werden sie wieder in Berlin zusammentreffen.

Beide sind die lebenden Beweise dafür, dass die schönsten Märchen doch wahr sind! Und schon heute haben beide in Form des Buches „Mercedes und der Schokoladenonkel“ ein bleibendes Denkmal.



DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf

Alt-Reinickendorf 38, 13407 Berlin
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53
Email: info@cdu-reinickendorf.de
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

Mitte

Wallstr. 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: cdukv0509@aol.com
Internet: www.cduberlinmitte.de

Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.spandau-partei-cdu.de

Lichtenberg

Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: cdu-lichtenberg@t-online.de
Internet: www.cdulichenberg.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Hultschiner Damm 24, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: cdu-wuhletal@t-online.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Treptow-Köpenick

Rudower Chaussee 12, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Tempelhof-Schöneberg

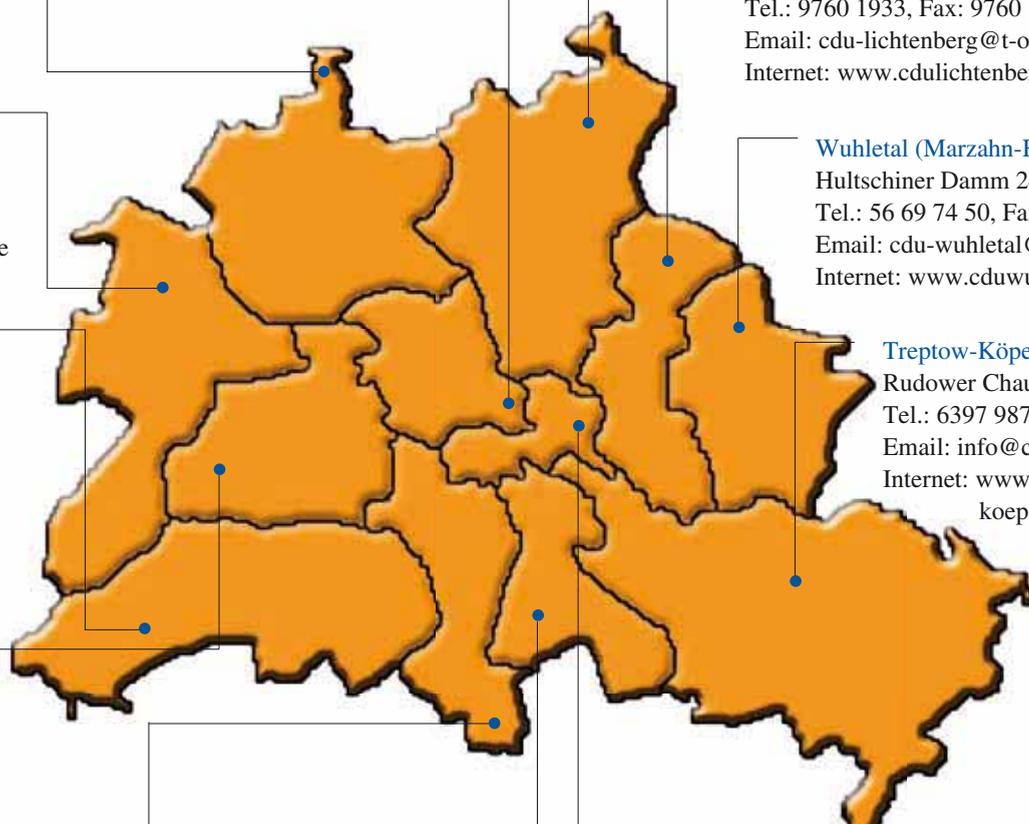
Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: cdu_tempelhof@t-online.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Neukölln

Donaustr. 100, 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: cdukv0502@aol.com
Internet: www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de



NEUJAHRSEMPFÄNGE DER KREISVERBÄNDE

Charlottenburg-Wilmersdorf
Neujahrsempfang, So, 20.01.08

Mitte
Neujahrsempfang, Sa, 12.01.08

Friedrichshain-Kreuzberg
Neujahrsempfang, Fr, 18.01.08

Steglitz-Zehlendorf
Neujahrsempfang, So, 13.01.08

Tempelhof-Schöneberg
Neujahrsempfang, Fr, 25.01.08

Lichtenberg
Neujahrsempfang, Fr, 01.02.08

Neukölln
Neujahrsempfang, So, 06.01.08

CDA
Neujahrsempfang, Fr, 04.01.08

Reinickendorf
Neujahrsempfang, So, 20.01.08

Frauen Union
Neujahrsempfang, Sa, 19.01.08

Spandau
Neujahrsempfang, Mi, 16.01.08

Hinweis: Da z.T. Anmeldungen erforderlich sind, bitte die genauen Daten der Neujahrsempfänge bei den jeweiligen Kreisgeschäftsstellen erfragen

29. BALL

Zu Gast in Ungarn...

Polizeiarbeitskreis CDU-Berlin

Mitglieder, Freunde und alle, die gerne tanzen, sind recht herzlich zum 29. Ball

am 15. März 2008

im Ballsaal des Best Western Hotel Steglitz International Albrechtstr. 2 in 12165 Berlin

eingeladen. Die Schirmherrschaft hat wieder der CDU Landesvorsitzende, Ingo Schmitt, übernommen und es moderiert der CDU-Generalsekretär Frank Henkel.

Im Preis von € 40,00 inbegriffen sind etliche Überraschungen, Tanzvorführungen, ein tolles Büfett, eine kleine Tombola usw. Es spielt das Berlin-Starlight-Orchestra.

Rufen Sie an unter Tel. 030-32690430 oder aber auch 0172-9387934 (Herr Zimmermann) bzw. überweisen Sie den fälligen Kartenpreis bis zum 11.02.2008 an Köller und Stolle, Kto.Nr.: 425 47 10, BLZ 100 700 00 Deutsche Bank.

Unter Verwendungszweck vermerken Sie bitte PolAK Ball 08, Name und Anschrift des Einzahlers bitte unbedingt mit anführen. Sie erhalten dann umgehend die Karten.

AUS DEM BUNDESTAG



VERTRAG VON LISSABON UNTERZEICHNET

Ende 2007 haben die EU-Staatschefs in der portugiesischen Hauptstadt feierlich den Vertrag von Lissabon unterzeichnet. Bevor dieser im Jahr 2009 in Kraft treten kann, muss er jedoch von allen 27 EU-Staaten ratifiziert werden.

Der Vorsitzende der Berliner CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag **Ingo Schmitt** betont: „Dass es überhaupt zu einer Unterzeichnung kam, ist maßgeblich Bundeskanzlerin Merkel zu verdanken, die sich auf dem letzten EU-Gipfel unter deutscher Ratspräsidentschaft Mitte des Jahres mit ganzer Kraft dafür einsetzte, die unterschiedlichen Interessen aller 27 Staaten unter einen Hut zu bringen.“

Insbesondere Polen und Großbritannien hatten wiederholt mit einem Veto gedroht, da sie ihre Forderungen nicht ausreichend berücksichtigt sahen. Das Abkommen tritt nun an die Stelle der EU-Verfassung, die in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war.

Ziel ist es, die Funktions- und Entscheidungsfähigkeit der EU auch in ihrer jetzigen Größe weiterhin zu gewährleisten. Unter anderem sollen Blockademöglichkeiten im Ministerrat abgeschafft werden. Darüber hinaus werden Kommission und Parlament verkleinert. Ingo Schmitt: „Mit diesem Vertrag ist die Europäische Gemeinschaft einen guten Schritt vorangekommen und zeigt deutlich mehr Bürgernähe.“

„NATIONALES KULTURBUCH“

Die CDU-Kulturexpertin und Berliner Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters** hat den Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ gewürdigt, den das 22köpfige Gremium nach vier Jahren vorlegte. Grütters: „Mit dem Bericht und den mehr als 400 Handlungsempfehlungen legt sie ein nationales Kulturbuch vor, das von nachhaltiger Wirkung sein kann, wenn die politisch Verantwortlichen entsprechend handeln.“



In einem eigenen Berlin-Kapitel wurde die besondere Rolle der Hauptstadt hervorgehoben. Monika Grütters: „Nach außen wirkt die Kulturnation in erster Linie durch ihre Hauptstadt. Dabei ist Berlin kein konkurrierendes Bundesland, sondern allen dienender Mittelpunkt. Im Bericht wird einmal mehr dargestellt, dass der Bund außenpolitisch als erster von einer Kulturlaute Berlins profitiert.“ „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ – so der Formulierungsvorschlag für ein Staatsziel. Auch die Kommission spricht sich für die Aufnahme dieses Satzes im Grundgesetz aus. „Kultur ist kein dekorativer Luxus einer Gesellschaft“, betont die Kulturexpertin, „sondern eine Vorleistung, die allen zugute kommt. Sie ist ein Grundwert unseres Gemeinwesens und vor allem auch Ausdruck von Humanität.“ Die Kultur sei außerdem für die Integrationspolitik Herausforderung und Chance zugleich. Grütters: „Voraussetzung für den Dialog der Kulturen ist eine selbstbewusste Standortbestimmung. Kulturelle Identitätsstiftung und interkultureller Dialog bedingen einander. Essenziell für den interkulturellen Austausch ist dabei die Beherrschung der deutschen Sprache.“



IMMER AM BÜRGER, IMMER UNTERWEGS

Immer am Bürger, immer gesellschaftlich unterwegs – selbst am eigenen Geburtstag; dies zeigen zwei Episoden aus der Arbeit des direkt gewählten Bundestagsabgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf, **Karl-Georg Wellmann**. Seine Mitarbeiter hatten ihm zum Geburtstag die Möglichkeit geschenkt, nach Einweisung durch einen Fahrlehrer eine Trambahn in „freier Wildbahn“ zu fahren. Die Fahrt ging vom Betriebshof Lichtenberg zur Schleife Biesdorf und zurück über das normale öffentliche Schienennetz. Der Bundestagsabgeordnete Wellmann zeigte dabei ein großes Talent zum Trambahnsteuern (unter Aufsicht selbstverständlich) und konnte auch bei den extra eingelegten Notbremsungen brillieren. Zum Abschluss der Aktion überreichten die BVG-Fahrlehrer Wehner und Kurzawa ein Zertifikat des BVG-Ausbildungszentrums. Nach Auskunft der BVG war diese Aktion in ihrer Art bisher erstmalig. Unter dem Motto „Gut tun tut gut“ hat der Sozialverband Deutschland (SoVD) eine bundesweite Kampagne zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements ins Leben gerufen. Mit der Kampagne soll gezeigt werden, dass es für jeden ganz einfach sein kann und nicht zeitaufwendig sein muss, andere Menschen zu unterstützen. Im Rahmen der Woche des bürgerschaftlichen Engagements besuchte Karl-Georg Wellmann im letzten Jahr mit seiner Labrador-Hündin „Emma“ das Seniorenheim König und die Blindenwohnstätte Kniese-Haus in seinem Berliner Wahlkreis und konnte am Ende zufrieden feststellen: „Gut tun tut gut“.

TROTZ SCHIKANEN VOLKSBEGEHREN AUF ERFOLGSKURS

Mit großem Einsatz kämpft die Berliner CDU für den Erhalt des Flughafens Tempelhof. Auch deshalb ist das von der ICAT initiierte Volksbegehren, mit jetzt schon mehr als 120.000 Unterstützern, ein großer Erfolg. Mehr als ein Fünftel der Stimmen kommen aus Tempelhof-Schöneberg, was ein Beweis dafür ist, dass der Flughafen gerade bei seinen Anwohnern beliebt ist.



Peter Rzepka, Bundestagsabgeordneter für Tempelhof-Schöneberg, setzt sich seit Jahren für die „Mutter aller Flughäfen“ ein. Er stellt fest: „Der rot-rote Senat und einige Medien behaupten, dass eine Offenhaltung Tempelhofs den Bau von BBI in Schönefeld gefährden würde. Das Bundesverwaltungsgericht hat aber lediglich festgestellt, dass „nach der derzeitigen Rechtslage eine unbefristete Weiternutzung ausgeschlossen“ ist.“ Diese Rechtslage könne aber jederzeit geändert werden. Nach dem Gericht ist „völlig ungewiss, welche Auswirkungen eine Offenhaltung auf den Ausbau des Flughafens Schönefeld haben könnte.“ Deshalb fordern die Bundesregierung und die Berliner CDU, Tempelhof bis zur Eröffnung von BBI offen zu halten und bis dahin zu klären, ob ein eingeschränkter Flugverkehr dauerhaft möglich ist. Rzepka: „Der Schließungsbescheid des rot-roten Senats zu Tempelhof ist wirtschaftspolitisch und verkehrsplanerisch unsinnig. Ein Symbol für die Geschichte unserer Stadt und den Freiheitswillen seiner Bürger soll aus ideologischen Gründen beschädigt werden.“



KINDERSCHUTZ GEHT UNS ALLE AN

Angesichts der jüngsten Fälle von Kindstötungen und Verwahrlosung haben sich Bund und Länder auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket zum Kinderschutz verständigt. „Es ist gut, dass sich alle Beteiligten einig waren, dass Risiken früher erkannt werden müssen“, erklärt der Berliner Bundestagsabgeordnete **Kai Wegner**. Dies soll durch ein „Netz der Hilfe“ erreicht werden. Hebammen, Kinderärzte, Jugendämter und Polizei würden künftig verstärkt und regelmäßig zusammenarbeiten und für eine „Kultur des Hinsehens“ sorgen.

Berlin ist leider auch bei diesem Thema bundesweit besonders im Blickfeld der Öffentlichkeit. Denn es rangiert im Familienatlas 2007 von 40 getesteten Städten auf Platz 24. Dem gegenüber stehen in den vergangenen vier Jahren rund 160 Millionen Euro Einsparungen bei den Hilfen zur Erziehung. Wegner fordert den rot-roten Senat zu einer anderen Politik auf: „Wenn jahrelang bei Jugendämtern und der Jugendhilfe gespart wird, braucht man sich nicht zu wundern, dass sich gerade in Berlin die Fälle von Kindesmisshandlung und Kindesverwahrlosung häufen. Es ist inakzeptabel, dass Rot-Rot beschlossen hat, die Hilfen zur Erziehung erneut drastisch zu kürzen.“

Kai Wegner betont: „Kinderschutz ist jedoch nicht nur Aufgabe der Politik, sondern Aufgabe aller. Hinschauen hilft! Neben allen Programmen und Paragraphen brauchen wir in Deutschland vor allem ein Klima der Kinderfreundlichkeit.“

UNION VOR ORT

SICHERHEIT BIS ZUM HINDUKUSCH?

Unter dieser durchaus bewusst provozierenden Frage stand die in den Rahmen des Kreisparteitages der CDU Tempelhof-Schöneberg eingebettete Podiumsdiskussion in der Aula der Carl-Zeiss-Schule in Lichterrade.

Hintergrund der Veranstaltung ist das vielfältige, rund 7.000 Mann starke Engagement der Bundeswehr in Krisengebieten rund um den Globus. Neben den Missionen auf dem Balkan, im Libanon und Afrika steht dabei vor allem der Einsatz in Afghanistan im Fokus der öffentlichen Debatte.

Um die komplexe Gemengelage sowohl von politischer Seite wie auch aus der Innenperspektive der Bundeswehr zu beleuchten, hatte der Kreisverband den Außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Eckart von Klæden und den stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Bundeswehrverbandes Oberstleutnant Ulrich Kirsch als Referenten zu Gast.

Von Klæden gab einen Überblick



über die historische Entwicklung der militärisch-strategischen Ausrichtung der Bundeswehr in der Nachkriegszeit, die er in die Phasen Wiederbewaffnung, Einbindung in die NATO und die Zeit nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 unterteilte. Oberstleutnant Kirsch mahnte an, dass das Vertrauen der Soldaten in die politische Führung durch eher bescheiden anmutenden Ausrüstung, aber auch durch den öffentlichen Sprachgebrauch in Bezug auf im Einsatz getötete Soldaten nachhaltig beeinträchtigt sei. Ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Leistungen der Bundeswehr sei erforderlich, welches sich insbesondere auch durch ein – nunmehr in Planung befindliches – Denkmal zu Ehren der gefallenen Soldaten manifestieren könne. Ein klares Bekenntnis zur Wehrpflichtigenarmee, welche

nicht nur die Gewinnung von Nachwuchskräften, sondern vor allem auch die Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft garantiert, wurde vom Podium und den Zuhörern geteilt. (mitgeteilt von Jan-Marco Luczak)

CDU KÜMMERT SICH UM MCDONALDS

Die Betreuung der McDonalds-Filiale in der Wrangelstraße (Kreuzberg) wird fortgesetzt. In der BVV Friedrichshain-Kreuzberg setzte sich die CDU-Fraktion bereits mit Erfolg für die Errichtung der Filiale ein. Besonders die CDU-Bezirksverordneten Michael Schill und Götz Müller leisteten hier einen nicht unerheblichen Beitrag. Einer der Gründe für dieses Engagement der CDU ist die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durch McDonalds im Bezirk.



Mitte November war der Kreisverband vor Ort und konnte sich bei einer Führung durch die Filiale unter anderem von den strengen Qualitätsmaßstäben des Unternehmens und deren Sicherstellung überzeugen. Dieser Besuch wurde von dem Kreisvorsitzenden der Jungen Union Timur Husein und dem Abgeordneten Kurt Wansner mit McDonalds abgestimmt. Mitte Dezember besuchte der Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU Friedbert Pflüger zusammen mit Kurt Wansner und vielen weiteren Mitgliedern die Filiale. Die CDU befindet sich in ständigem Dialog mit dem Unternehmen über Möglichkeiten der Einbindung in den Bezirk.

Schon vor der Eröffnung sprachen sich linke Politiker (z.B. der Bundestagsabgeordnete Ströbele) gegen den Standort in Kreuzberg aus. Einige Chaoten ließen den Worten Taten folgen und so wurde der Standort bereits mehrmals mit Steinen beschmissen und mit Graffiti verunstaltet. Einmal wurden auch alle Toiletten zerstört. Dies alles sind Worte und Taten die sich aus plumpen Antiamerikanismus und

Antikapitalismus speisen. (mitgeteilt von Götz Müller)

POLITIK UND LITERATUR

Das Foto zeigt den Vize-Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Dr. Uwe Lehmann-Brauns und die Schriftstellerin Ines Geipel bei der Eröffnung des „politisch-



literarischen Salons“ im Preußischen Landtag. Die nächste Lesung des alle zwei Monate stattfindenden Treffens, wird am Montag, dem 7. Januar, um 19.00 Uhr, im Raum 311 des Preußischen Landtags mit Günter Schabowski sein. Dieser Salon ist ein „Brückenschlag zwischen Politik und Literatur“ sagt Dr. Lehmann-Brauns, der auch Gründer des Salons ist.

SCHÜLER SAMMELTEN FÜR BEDÜRFTIGE

Die Schüler und Lehrer der Barnim Oberschule in Berlin-Falkenberg sammelten am Donnerstag, den 20. Dezember, Lebensmittel für bedürftige Menschen. Unmittelbar nach der ersten Hofpause um 10:00 Uhr wurden die Lebensmittel von Transportern der Berliner Ta-



fel abgeholt. Schirmherren dieser Aktion waren der Vorsitzende der CDU Hohenschönhausen, Martin Pätzold, und der Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Dr. Lehmann-Brauns (CDU).

„Nicht alle Menschen in Berlin haben ihr tägliches Brot und doch werden täglich verdorbene Lebensmittel weggeworfen. Wir wollten mit dieser Sammelaktion darauf aufmerksam machen, dass

wir bewusster mit dem Thema umgehen und für die Menschen da sein müssen, die in dieser Gesellschaft nicht so viel Glück hatten“ so Martin Pätzold. In der Schule wurde die Sammelaktion vor allem durch den ansässigen Sportverein Barnim Basketball Academy getragen und erhielt durch zahlreiche Lehrer große Unterstützung.

UHW: SOZIAL ENAGIERT IN NEUKÖLLN

Seit Oktober 2006 besteht zwischen der Neuköllner Röntgen-Realschule und dem UNIONHILFSWERK eine Kooperationsvereinbarung. Darin ist festgeschrieben, dass sich Jugendliche der Schule in verschiedenen Einrichtungen des traditionsreichen Berliner Trägers freiwillig engagieren, um ihre Kenntnisse zu erweitern, soziale Kompetenzen weiterzuentwickeln und sich beruflich zu orientieren.

In Anwesenheit von Schulleiterin Marlies Meinicke und Norbert Prochnow, Geschäftsführer der Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gemeinnützige GmbH, berichteten Ende 2007 sieben Schülerinnen und ein Schüler aus den 9. Klassen bei einer Präsentation stolz über ihre Erfahrungen aus dem freiwilligen sozialen Engagement in Einrich-



tungen des UNIONHILFSWERK. Seit dem Beginn der Kooperation haben sich 36 Schüler der 8. bis 10. Klassen der Röntgen-Schule beim UNIONHILFSWERK sozial engagiert.

Alle Teilnehmer der Präsentation freuten sich über die wichtigen Erfahrungen, die sie bei ihrem freiwilligen sozialen Engagement gesammelt haben, und empfahlen ihren Mitschülern, es auch einmal zu probieren. Zum Abschluss gab es Urkunden und kleine Präsente aus den Händen des UNIONHILFSWERK-Freiwilligenkoordinator Daniel Büchel. Weitere Informationen zu Möglichkeiten, die Projekte zu unterstützen, unter daniel.buechel@unionhilfswerk.de, Telefon: 4 22 65-887.

DAS RUNDSCHAU-RÄTSEL



Die Quadriga auf dem Brandenburger Tor. Sie ist wohl das deutscheste aller Wahrzeichen der Stadt und des Landes. Seit 1793 thront sie auf dem zwei Jahre zuvor fertiggestellten Stadttor, dem letzten heute noch erhaltenen.

Doch augenscheinlich ging einiges schief bei der letzten Renovierung des Vierspanners und seines Standortes. Finden Sie die 5 Unterschiede in den Bildern und gewinnen einen **Freiflug mit dem Rosinenbomber ab Tempelhof für zwei Personen**.



Einfach im unteren Bild die Änderungen einzeichnen, das Bild ausschneiden und auf eine Postkarte kleben und bis zum 18. Januar an die CDU-Landesgeschäftsstelle (Wallstraße 14 A, 1017 Berlin) senden oder abgeben. Der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen. Wir werden den Gewinner benachrichtigen und in der nächsten Ausgabe veröffentlichen.

KBB

KOMMUNIKATION

K

BERATUNG

B

BILDUNG

B

**Fit für das Mandat:
Hilfe aus der Praxis
für die Praxis**

**Hier finden Sie das
aktuelle Programm
www.kbb-berlin.de**

**Und so erreichen
Sie uns:**

**Kommunalpolitisches
Bildungswerk
Berlin e.V. (KBB)
Paul-Linke-Ufer 8b
10999 Berlin
Tel. (030) 204 509 32
Fax (030) 204 509 33**

info@kbb-berlin.de

Das erste **FLIEGENDE** Show-Event



Die Rosinenbomber Zeitreise



Bordkarten: **+49 (030) 5321 5321**
und bei allen bekannten Vorverkaufsstellen

Air Service Berlin



www.air-service-berlin.de



Ja zum Volkswillen.

Nein zur Willkür.

TEMPELHOF MUSS FLUGHAFEN BLEIBEN!

Jetzt auch Briefwahl!
Eintragungsschein
nutzen unter
www.wahlen-berlin.de

Stimmen Sie jetzt für das
Volksbegehren Tempelhof!

WO: in allen Berliner Bürgerämtern!

WER: alle Berliner Wahlberechtigten
ab 18 (Personalausweis nicht
vergessen!)

Mehr Informationen:
www.icat.de
www.wahlen-berlin.de
Hotline: 030.69 51 33 17



Sie haben die Wahl! In jedem dieser Ämter können Sie Ihre Stimme abgeben:

Bezirk Mitte Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1 • Rathaus Wedding, Müllerstraße 147 • Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31 **Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg** Yorckstraße 4–11 • Schlesische Straße 27 a • Bezirkswahlamt, Frankfurter Allee 35/37 **Bezirk Pankow** Weißensee, Berliner Allee 252–260 • Prenzlauer Berg, Fröbelstraße 17 • Pankow, Breite Straße 24 a–26 • Karow, Achillesstraße 53 **Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf** Hohenzollerndamm 177 • Otto-Suhr-Allee 100 • Heerstraße 12/14 • Jugendclub, Halemweg 18 • Volkshochschule, Trautenastraße 5 • Beratungsstelle, Berkaer Straße 8 **Bezirk Spandau** Rathaus Spandau, Carl-Schurz-Straße 2/6 • Kladow, Kladower Damm 364 • Wasserstadt, Hugo-Cassirer-Straße 48 • Ordnungsamt Spandau, Galenstraße 14 **Bezirk Steglitz-Zehlendorf** Steglitz, Schloßstraße 37 • Lankwitz, Gallwitzallee 87 • Zehlendorf, Kirchstraße 1/3 • Ingeborg-Drewitz-Bibliothek, Grunewaldstraße 3 • Rathaus Lankwitz, Leonorenstraße 70 • Rathaus Lichtenfelde, Goethestraße 9–11 • Dienstgebäude, Königin-Luise-Straße 96 **Bezirk Tempelhof-Schöneberg** Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz • Rathaus Tempelhof, Tempelhofer Damm 165 • Lichtenrade, Briesingstraße 6 • Rathaus Friedenau, Breslauer Platz • Stadteilbibliothek Marienfelde (Medienhaus Marienfelde), Marienfelder Allee 107–109 • Gesundheitshaus Tempelhof, Rathausstraße 27 **Bezirk Neukölln** Rathaus Neukölln, Eingang Donaustraße 29 • Sonnenallee 107 • Blaschkoallee 32 • Alt-Buckow 39 • Zwickauer Damm 52 **Bezirk Treptow-Köpenick** Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21 • Michael-Brückner-Haus, Michael-Brückner-Straße 1 • Friedrichshagen, Myliusgarten 20 • Grünau, Wassersportallee 56 **Bezirk Marzahn-Hellersdorf** Helle Mitte, Alice-Salomon-Platz 3 (Eingang: Kurt-Weill-Gasse 6) • Marzahner Promenade 11 • Mahlsdorf, Hönower Straße 91 **Bezirk Lichtenberg** Egon-Erwin-Kisch-Straße 106 • Möllendorffstraße 5 • Otto-Schmirgal-Straße 1 • Große-Leege-Straße 103 • Anton-Saefkow-Platz 4 **Bezirk Reinickendorf** Rathaus, Eichborndamm 215–239 • Reinickendorf-Ost, Teichstraße 65 • Tegel, Berliner Straße 35 • Heiligensee, Ruppiner Chaussee 268 • Märkisches Viertel (Fontane-Haus), Wilhelmsruher Damm 142 c

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch + Freitag: 8.00 bis 15.00 Uhr, Dienstag + Donnerstag: 11.00 bis 18.00 Uhr

ICAT (Interessengemeinschaft City-Airport Tempelhof e.V.)